

Stadt Lüdenscheid Rede BM Dzewas Einbringung Haushalt 2018 Ratssitzung am 13.11.2017  
Es gilt das gesprochene Wort

- 1 -

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

zu den diesjährigen Haushaltsberatungen kann durch die anhaltend positive Konjunkturentwicklung und das Saldo verschiedener externer Einflüsse trotz neuer Belastungen und politischer Beschlüsse, die einige HSK Maßnahmen aufheben, ein Haushaltsplan vorgelegt werden, der den Weg des HSK fortsetzt, die Konsolidierung im Blick behält, aber auch wichtige Stadtentwicklungsvorhaben ermöglicht. Im Stellenplan wird deutlich, dass in verschiedenen Bereichen der Verwaltung ohne die entsprechende Personalverstärkung eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung nicht mehr möglich ist. Auf die hohe Zahl der in den nächsten Jahren ausscheidenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat die GPA bei ihrem kürzlich im RPA vorgelegten Bericht deutlich hingewiesen. Dieses können und müssen wir durch erhebliche Steigerungen unserer eigenen Ausbildungsbemühungen angehen. Aber auch das geht nur mit gezielten Verstärkungen im Stellenplan, denn gerade eine qualifizierte Ausbildung muss durch entsprechende fachliche Begleitung umgesetzt werden. Die externe Suche nach geeignetem Fachpersonal macht immer wieder deutlich, dass wir durchaus an der einen oder anderen Stelle erfolgreich geeignete Kräfte von außen für die Mitarbeit gewinnen können und damit neue Sichtweisen und Methoden in die Arbeit der Stadtverwaltung integrieren können. Genauso deutlich wird aber auch, dass wir den Großteil der zukünftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selber ausbilden müssen. Im Übrigen haben wir bei Zeitstellen immer weniger Chancen, geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu erreichen, umso wichtiger ist es, hier mit einer Dauerbeschäftigung zu werben, um erfolgreich zu sein. Die natürliche Fluktuation und auch das Instrument, Stellen in Zukunft bei fehlendem Bedarf zu streichen, gibt uns ebenso Möglichkeiten der verstärkten Flexibilität, wie weitere Bemühungen um interkommunale Zusammenarbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir stehen durch die Veränderung der demografischen Perspektiven in Lüdenscheid weiter vor großen Herausforderungen. Dies betrifft neben der

Stadt Lüdenscheid Rede BM Dzewas Einbringung Haushalt 2018 Ratssitzung am 13.11.2017  
Es gilt das gesprochene Wort

Weiterentwicklung und Umsetzung unseres Kindertagesstättenbedarfsplanes vor allem die Schulentwicklung, aber auch die neuen Perspektiven bei der FH Südwestfalen im Quartier der Denkfabrik. Dies ist natürlich kein Lüdenscheider Phänomen, sondern betrifft mehr oder weniger alle deutschen Kommunen. So kommentierte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages Helmut Dedy das Ergebnis der am 12.07.2017 vorgestellten Studie der Bertelsmann Stiftung zur Bevölkerungsentwicklung und den Folgen für die allgemeinbildenden Schulen wie folgt: „Der Schulbau ist für die Städte eine gewaltige Aufgabe, der sie sich ambitioniert stellen. Und höhere Schülerzahlen sind zuerst ein positives Signal für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

- 2 -

Gleichwohl gibt es viel zu tun: Viele Schulen müssen saniert und baulich für den Ganztagsbetrieb und die Inklusion hergerichtet und digital ausgestattet werden. Allein im Bereich der Schulen ist laut aktuellem KfW – Kommunalpanel ein Investitions- und Sanierungsrückstand von mindestens 33 Milliarden Euro bundesweit abzarbeiten. Jetzt macht die Studie der Bertelsmann Stiftung deutlich, dass aufgrund von Geburtenanstieg, Flüchtlingszuzug und Zuwanderung noch zusätzliche Schulräume in beachtlicher Anzahl geschaffen werden müssen. Es müssen mithin Baurecht geschaffen, Planungen eingeleitet und Aufträge vergeben werden. Das geht nicht von heute auf morgen und erfordert gute Planung.“  
Jetzt zeigt sich, dass es bei uns in Lüdenscheid nicht nur richtig und wichtig war, das Projekt Wefelshohler Schule anzugehen, sondern dass dieser Entscheidung weitere Schritte folgen müssen. Denn wir liegen mit unserem Geburtenanstieg in Lüdenscheid deutlich über dem Bundes- und Landesdurchschnitt und wenn auch nur ein Teil der im Landtags – und Bundestagswahlkampf gemachten Aussagen zur Weiterentwicklung des Ganztagsbetriebs an Schulen umgesetzt wird, bedeutet dies mehr Platz- und Raumbedarf in den Schulen. Nach Aussage der Bertelsmann Stiftung, die am 17.10.2017 veröffentlicht wurde, wünschen sich fast drei Viertel der Eltern einen Ganztagsplatz für ihr Kind.

Und für Jörg Dräger vom Vorstand der Bertelsmann Stiftung ist deshalb klar: „Die neue Bundesregierung muss dem Ganztagsausbau Priorität geben. Gute Ganztagschulen sind ein Motor für die Chancen der Kinder und Jugendlichen.“

Der zusätzliche Raumbedarf macht sich zunächst in den Grundschulen bemerkbar, aber natürlich geht das, zum Teil zeitversetzt, in den anderen Schulen weiter.

Die Beschlüsse von G 8 auf G 9 umzusteigen, tun da ein Übriges. Deshalb ist den Autoren der Bertelsmann Studie nur uneingeschränkt zuzustimmen, die deutlich höhere Bildungsausgaben anmahnen. Es muss daher auf der Tagesordnung von Bund und Ländern bleiben, die Investitionskraft der Städte dauerhaft zu stärken.

Dabei sind die bisherigen Bemühungen von Bund und Land durchaus anzuerkennen, uns bei dieser großen Herausforderung zu unterstützen. Das von der rot – grünen Landesregierung entwickelte Programm Gute Schule 2020 gibt uns die Möglichkeit, mit über 5 Millionen € die Reaktivierung des Standorts Wefelshohl für eine Grundschule haushaltsneutral voranzubringen. Und die bisher in Berlin regierende große Koalition hat mit den beiden Kapiteln des Kommunalinvestitionsfördergesetzes ebenfalls erhebliche Hilfen bei den Baumaßnahmen im Schulbereich organisiert. Das Gesetzgebungsverfahren in NRW über das 2. Kapitel des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, auch Schulsanierungsprogramm genannt, ist derzeit noch nicht abgeschlossen.

– 3 –

Daher enthält unser Haushaltsplanentwurf hier auch noch keine dementsprechenden Positionen. Nach einer entsprechenden Verteilungsrechnung der Landesregierung können wir dabei aber mit bis zu 2, 9 Millionen Euro Förderung rechnen. Hier haben sowohl die rot-grüne Landesregierung als auch die große Koalition im Bund Maßstäbe gesetzt, an denen sich sowohl die neue Landesregierung als auch die neu zu bildende Bundesregierung messen lassen müssen.

Bei aller Anerkennung dieser Bemühungen, mit diesen Programmen wirksame Hilfe zu leisten, bleibt aber festzustellen, dass es zu einer dauerhaften, verlässlichen und damit auch planbaren, erheblich verbesserten Finanzausstattung der Städte und Gemeinden in Deutschland keine überzeugende Alternative gibt. Nicht ein Konjunkturprogramm nach dem anderen oder Sonderfinanzhilfen, sondern eine deutliche und spürbare Erhöhung der Schul- und Bildungspauschale sowie der Sportpauschale und die erhebliche Ausweitung der allgemeinen

Investitionspauschale sind angezeigt, um die Städte und Gemeinden, also auch Lüdenscheid, in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben in der Bildungspolitik verantwortlich wahrzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

neben den Schulen sind die Kindertagesstätten immer stärker und zu Recht in den Fokus der Bildungspolitik gerückt.

Bei ihrer Finanzierung bestehen zweifellos weiterhin große finanzielle Risiken. Ein großer konfessioneller Träger erhält nun, analog zu anderen Trägern, zusätzliche Betriebskostenzuschüsse, eine Einrichtung wurde aufgegeben.

Unsere Vorgehensweise hier individuelle Vereinbarungen mit den einzelnen Trägern zum Erhalt der Trägervielfalt vor Ort zu treffen, wurde von der überörtlichen Prüfung ( GPA ) vor einiger Zeit im RPA noch einmal ausdrücklich gelobt. Das kann aber über die Fehler in der gesetzlichen Grundkonstruktion nicht hinwegtäuschen.

So ist es kaum zu vermitteln, dass Eltern in manchen Städten in NRW gar keine Beiträge und in anderen wiederum sehr hohe Beiträge zu zahlen haben. Mit dem Postulat des Grundgesetzes, möglichst gleiche Lebensbedingungen zu schaffen, ist dies kaum zu vereinbaren. Dass Trägervielfalt dauerhaft nur durch erhebliche zusätzliche mehr oder weniger freiwillige Zuschüsse der Städte und Gemeinden in Millionenhöhe, auch hier bei uns in Lüdenscheid, sichergestellt werden kann, ist ebenfalls äußerst unbefriedigend.

Die neue Landesregierung hat hier in einem ersten Schritt mit einem sogenannten Trägerrettungsprogramm für die Jahre 2017/2018 reagiert.

Dass dabei die Weitergewährung der sogenannten „freiwilligen“ kommunalen Zuschüsse als selbstverständlich vorausgesetzt wird, ist für mich inakzeptabel.

- 4 -

Ich hoffe, dass der Ankündigung der Landesregierung hier für 2019 ein entsprechend neues, modernes Gesetz vorzulegen, auch Taten folgen. Die Tatsache, dass der heutige NRW Ministerpräsident an der Entwicklung des KIBIZ, das heute die gesetzliche Grundlage bildet, in seiner früheren Funktion maßgeblich Verantwortung trug, stimmt mich daher nur bedingt optimistisch, dass wir nun etwas Überzeugendes vorgelegt bekommen, das uns in

Lüdenscheid dabei hilft, den Kindern und ihren Eltern gute vorschulische Bildungsangebote machen zu können. Weitere Angebote wie die neue DKSB Kita am Jahnplatz oder die zusätzlichen U 3 Angebote in verschiedenen Einrichtungen, die Überganggruppen am Standort Haus Schöneck im Vorgriff zur neuen AWO Kita an der Bahnhofsallee führen im HH Plan dazu, dass wir für das kommende HH Jahr von 300.000 Euro mehr Landeszuschüssen bei insgesamt aber um 1 Million € wachsenden Betriebskostenzuschüssen ausgehen müssen. Diese Lücke von zusätzlichen 700.000 Euro im Jahr macht unser städtisches Dilemma überdeutlich und die Dringlichkeit einer Reform hoffentlich ebenfalls. Weitere Perspektiven ergeben sich für Kitas am Buckesfeld und an der Hochstrasse sowie Erweiterungen in verschiedenen Stadtteilen.

Auch andere Bildungsbereiche in unserer Stadt entwickeln sich dynamisch. So sind die neuesten Nachrichten von der FH Südwestfalen durchaus erfreulich. So äußerte sich der Rektor der FH kürzlich in einem Interview wie folgt:

„Unser Ziel ist es, den bisherigen Studienort Lüdenscheid zu einem Hochschulstandort mit der dazugehörigen Infrastruktur wie Mensa und Bibliothek auszubauen. Dazu gehören nicht nur bauliche Erweiterungen, sondern auch neue, zukunftsweisende Studienangebote, die für Lüdenscheid und die Region wichtig sind und uns neue Studierendenzielgruppen erschließen. Neben der Kunststofftechnik und der Gebäudesystemtechnologie, die wesentliche Themen der Region aufnehmen, wollen wir die Medizintechnik und deren Anwendung zu einem bedeutenden Schwerpunkt in Lüdenscheid ausbauen.

Das bezieht sich auf gerätetechnische Anwendungen und Entwicklungen in der Medizin ebenso wie auf kaufmännische Berufe im Gesundheitswesen. Zusätzlich soll auch das Studium zum neuen Berufsbild des Physical Assistant der Profilbildung dienen. Ziel der Hochschule ist es, in Lüdenscheid künftig bis zu 1300 Studierenden einen Studienplatz zu bieten.“

Dabei muss natürlich erwähnt werden, dass in dieser Zahl weiterhin ein hoher Anteil von Studierenden im Verbundstudium steckt, aber auch die Zahl der Studierenden im Präsenzstudium soll merklich steigen. Die Region unterstützt die Hochschule bei diesem Anliegen und hofft, dass diese Initiative im dafür zuständigen Ministerium in Düsseldorf positiv aufgenommen wird.

Unsere heimischen Landtagsabgeordneten sollten sich ebenfalls nachhaltig für diese Vorwärtsentwicklung zum Standort der FH Südwestfalen in Lüdenscheid einsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte im Zusammenhang mit dem große Thema Bildung an dieser Stelle auch kurz auf die Möglichkeiten der Regionale 2025 eingehen und dies mit einem kurzen Zitat aus dem Koalitionsvertrag von CDU und FDP auf Landesebene einleiten:

„Die Digitalisierung verändert und durchdringt alle Lebensbereiche. Sie bietet Chancen für eine fortschrittliche Gesellschaft, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und einen modernen Staat gleichermaßen.....Wir wollen, dass die Menschen mehr Freiheit und mehr Aufstiegschancen für sich nutzen können und dass wir die Herausforderungen der Digitalisierung gemeinsam meistern“.

Dieses Zitat bezieht sich auf die digitale Zukunft unseres Landes, unserer Region und damit natürlich auch auf unsere Stadt. Der Projektvorschlag der Verwaltung für die Regionale 2025 sollte dabei einen bisher wenig beleuchteten Aspekt dieser Entwicklung in den Fokus nehmen:

Die Wirkungen dieser Entwicklung und ihren Einfluss auf das Erfassen und Lernen im vorschulischen und im Grundschulbereich. Dabei sollten natürlich Aspekte für das Unterrichtsgeschehen, für den KiTa Alltag sowie angemessene Aus- und Weiterbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer entwickelt und angeboten werden. Dies alles soll im Mittelpunkt eines Stadtteils mit den größten sozialen Herausforderungen geschehen, um noch einmal die Formulierung aus dem Koalitionsvertrag von CDU und FDP in NRW aufzugreifen: „Wir wollen soziale Nachteile im Bildungsbereich überwinden und Aufstiegschancen für alle eröffnen....Darüber hinaus werden wir als besondere Maßnahme für unterschiedliche Schulformen mindestens

30 Talent Schulen - insbesondere mit MINT Schwerpunkt - mit exzellenter Ausstattung und modernster digitaler Infrastruktur in Stadtteilen mit den größten sozialen Herausforderungen errichten.....“ ( Ende des Zitats )

Dieses Projekt könnte im Kontext mit entsprechenden städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen nicht nur den Stadtteil aufwerten, sondern für unsere gesamte städtische und südwestfälische Bildungsregion zusätzliche Erkenntnisse erschließen sowie Potentiale zur Weiterentwicklung finden und breit zugänglich machen. Dabei muss sowohl mit Hochschulen als auch mit den Lehrerausbildungsinstitutionen eng zusammengearbeitet werden.

- 6 -

Ein solches Projekt bedarf einer intensiven und gründlichen Vorbereitung, die niemand so nebenbei leisten kann. Die Politik möchte schnell belastbare Zahlen sehen, was mehr als nachvollziehbar ist. Das bedeutet aber über die Stufe HOAI 1 hinausgehende Betrachtungen und Untersuchungen, die formal für den 1. Stern noch nicht erforderlich wären. Wenn wir das Projekt und die Qualifizierung zum 1. Stern wirklich wollen, geht das nur mit zusätzlichem qualifizierten Personaleinsatz. Deshalb meine herzliche Bitte, dieses Projekt nicht zum Nebenkriegsschauplatz für Stellenplandebatten zu machen. Wenn wir es ernst meinen mit den Herausforderungen der Digitalisierung, sollten wir diese Chance nicht ungenutzt verstreichen lassen. Andererseits reichen die Konsequenzen eines solchen Projektes möglicherweise bis in die übernächste Periode des Rates hinein. Daher kann so etwas nur mit breitesten politischen Mehrheiten im Wettbewerb erfolgreich sein und dann auch verantwortlich umgesetzt werden. Es muss dabei unabhängig vom Ausgang der dazwischen liegenden Kommunalwahlen sein. Deshalb bitte ich Sie eindringlich, sich für die Suche nach einem breiten Konsens Zeit bis zur letzten Ratssitzung dieses Jahres zu lassen. Dann sollte allerdings auch Klarheit darüber herrschen, ob und wie es in Sachen Regionale 2025 in Lüdenscheid weitergeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Haushaltsentwurf, der bei ordentlichen Erträgen von gut 228 Mio und ordentlichem Aufwand von 239 Mio liegt, ist bereinigt um ein positives Finanzergebnis mit einem Plandefizit von 8,8 Mio geplant.

Für die Zukunft unseres HSK bleibt der Wegfall unserer Beteiligung am Fonds deutscher Einheit von zentraler Bedeutung. Diese jährlich neu festgelegte und abgerechnete Beteiligung belastet aktuell unseren Haushalt 2018 im Entwurf mit rund 4 Millionen Euro. Sollte diese Position entgegen der bisherigen Ankündigungen nicht ab 2020 entfallen, löste dies einen neuerlichen Kompensationsbedarf im Umfang dieser 4 Mio Euro aus. Es bleibt zu hoffen, dass dieser endlich ausläuft und Förderung zukünftig nach objektiven Erfordernissen und nicht nach Himmelsrichtung ausgerichtet wird und nicht doch noch bei möglichen Koalitionsverhandlungen oder anderen Bund/Länder Verhandlungen in irgendeiner Form weitergeführt wird. Hier gilt es wachsam zu sein, denn so ein Betrag hätte enorme Folgen für das HSK.

- 7 -

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

einer der dauerhaft größten Posten auf der Ausgabenseite ist und bleibt die Kreisumlage. Sie ist von 2008 bis 2017 um 13 Mio gestiegen. Durch die in fast allen Städten verbesserten Einnahmen und die damit einhergehende Umlagengrundlage für den Kreis sinkt unser Anteil gegenüber dem Planansatz für 2017 um knapp 200.000 Euro. In den Folgejahren soll die Kreisumlage wieder steigen, aber weniger als bisher geplant, so dass das in der HSK Perspektive bis 2022 eine Entlastung von 2 Millionen Euro gegenüber unserer Planung aus dem Vorjahr ausmacht. Allerdings ist überhaupt nicht abzusehen, wie sich die Umlage des LWL entwickelt. Hier hoffe ich, dass alle die, die in der Vergangenheit eine höhere Beteiligung des Landes NRW an der Eingliederungshilfe gefordert haben, sich jetzt nach dem Regierungswechsel in Düsseldorf nicht nur an diese sinnvolle Forderung erinnern, sondern aktiv helfen, diese auch um zu setzen. Dann könnte hier ebenfalls die Umlage nicht nur nicht mehr steigen, sondern nachhaltig und



spürbar sinken, mit den positiven Wirkungen auf den Haushalt des Kreises und damit auf die bei uns ankommende Kreisumlage. Wir Städte und Gemeinden haben im Rahmen des vorgeschriebenen Anhörungsverfahrens zum Kreishaushalt 2018 u.a. folgendes kritisiert:

Es fehlen weitergehende und nachhaltige eigene Sparanstrengungen des Kreises. Der Umgang mit der Ausgleichsrücklage und den Jahresüberschüssen ist aus unserer Sicht nicht kommunalfreundlich. Wir fordern, dass diese Überschüsse, die jeweils aus der Kreisumlage der Städte und Gemeinden gebildet worden sind, den Städten und Gemeinden zugutekommen müssen. Sofern dieses noch nicht vollständig mit dem Haushalt 2018 geschieht, ist dies in den Folgejahren verbindlich vorzusehen.

Das gilt im gleichen Maße auch für die weiteren Überschüsse aus Vorjahren. Letztlich handelt es sich bei Überschüssen des Kreises immer um überschüssig gezahlte Kreisumlage. Es wird angeregt, den Bestand der Ausgleichsrücklage insgesamt zu verwenden, um über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung die Kreisumlage entsprechend zu senken. Dies würde bei gleichmäßiger Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in 2018 statt der 3 Millionen Euro 4,1 Millionen Euro bedeuten und gleiches für die Folgejahre. Aus diesen und weiteren Gründen kann auch in diesem Jahr kein Einvernehmen über die Höhe des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2018 hergestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein geplantes Defizit von knapp 9 Millionen Euro, zeigt einen deutlichen Rückgang bei den bisherigen Plandefiziten und das positive Jahresergebnis 2016 gibt ebenfalls Anlass zu einer gewissen Hoffnung. Allerdings sind wir weiterhin von einer zukunftssicheren Haushaltsführung entfernt, denn diese positive Entwicklung ist keinesfalls dauerhaft gesichert.

Stadt Lüdenscheid Rede BM Dzewas Einbringung Haushalt 2018 Ratssitzung am 13.11.2017

Es gilt das gesprochene Wort

Dass viele Kommunen, trotz längerer guter Konjunktur in einer bedrohlichen finanzpolitischen Lage sind, hat sicherlich unterschiedliche Ursachen. Aus einer Veröffentlichung des Statistischen Bundesamts aus diesem Jahr werden positive Finanzierungssalden für Bund und Länder, aber weiter negative für die kommunale Ebene festgestellt. Hier gilt es endlich die richtigen Weichenstellungen für eine dauerhafte Gesundung der Stadtfinanzen vorzunehmen. Die jetzt anstehenden Koalitionsverhandlungen auf der Bundesebene bieten dazu die beste Gelegenheit. Nicht punktuelle und projektbezogene Förderprogramme mit hohem administrativ/bürokratischem Aufwand, sondern eine strukturelle Verbesserung unserer Gemeindefinanzen tut Not.

Kein gutes Beispiel bietet da der Koalitionsvertrag von CDU und FDP in NRW. So kritisiert der Bund der Steuerzahler, sicherlich nicht irgendwelcher sozialdemokratischer Umtriebe verdächtig, in seiner Stellungnahme zum Koalitionsvertrag, dass die Reform der Gemeindefinanzierung erst ab 2020 vorgesehen ist und befürchtet, dass diese Reform möglicherweise auf der Strecke bleibt, wenn ab 2020 die grundgesetzliche Schuldenbremse gilt. Etwas besser erscheint dagegen die Umsetzung der Reform des Unterhaltsvorschuss Gesetzes ( UVG ). Die erhebliche Ausweitung des Kreises der Berechtigten und die mit der Durchführung dieser Aufgabe verbundenen materiellen und sachlich/personellen Leistungen der Kommunen sollen dadurch ausgeglichen werden, dass der Bund seinen Kostenanteil auf 40% erhöht und durch intensive Verhandlungen mit dem Land NRW konnte erreicht werden, dass der nicht vom Bund getragene Anteil je zur Hälfte vom Land NRW und den Kommunen getragen wird. Für uns wirkt sich das so aus, dass die von Land und Bund erhaltenen Zuweisungen um ca. 900.000 Euro auf 2,7 Millionen Euro steigen. Im übrigen hat das Land angekündigt, zukünftig den Rückgriff auf die eigentlich Unterhaltsverpflichteten selbst umzusetzen, was zu einer weiteren personellen Entlastung auf unserer Seite führen könnte. Insgesamt sollte aber auch hier die Konnexitätsrelevanz überprüft werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass die Kommunen in Deutschland zur Bewältigung der ihnen vom Bund und den Ländern übertragenen Aufgaben genügend Mittel zur Verfügung haben, glauben nach einer „Forsa Umfrage“ nur 9 % aller Bundesbürger. Die große Mehrheit von 81 % glaubt hingegen, dass die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden unzureichend ist, und dass der Bund und die Länder den Kommunen mehr Geld zuweisen müssen und nicht, wie kürzlich bei uns in NRW geschehen, noch zusätzliche Mittel zur Krankenhausfinanzierung von den Kommunen eingefordert werden. Es bleibt zu hoffen, dass dies ein einmaliger Vorgang bleibt.

Die vom Bund ab 2018 zugesagte Entlastung der Kommunen schlägt sich im Haushalt ebenso nieder wie eine deutliche Erhöhung der Schlüsselzuweisung auf 19,9 Mio. Diese Zahl ist allerdings noch nicht gesichert, sondern basiert auf einem Eckpunktepapier der Landesregierung. Hier schlägt sich eine unter dem allgemeinen Landesdurchschnitt liegende gewachsene Steuerkraft nieder, die durch Schlüsselzuweisungen ausgeglichen wird. Damit ist für das Folgejahr sicher nicht mehr zu rechnen, denn im danach liegenden Erhebungszeitraum ist unser Gewerbesteueraufkommen stark angestiegen und drückt damit zukünftige Schlüsselzuweisungen.

Dieser starke Anstieg bezieht sich vor allem auf Abrechnungsvorgänge aus Vorjahren und kann somit nicht als belastbarer Hinweis auf zukünftige Entwicklungen fortgeschrieben werden.

Auch der nach dem Finanzausgleichsgesetz bundesweit erhöhte kommunale Anteil an der Umsatzsteuer bringt uns dauerhaft jährlich ein Plus von 2,4 Mio €.

Dieses Plus könnte noch höher ausfallen, wenn sich nicht ab 2018 die Schlüsselzahlen beim Gemeindeanteil an der Einkommens- und an der Umsatzsteuer ändern würden. Dass diese Schlüsselzahlen sich verschlechtern, ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass sowohl die erzielten Einkommen in unserer Stadt als auch das Umsatzsteueraufkommen unterdurchschnittlich wachsen. Dies haben wir in der Vergangenheit vor allem auf die Folgen der tiefen Rezession von 2008/2009 zurückgeführt. Zusammen mit der leider seit einiger Zeit verfestigten

Arbeitslosenquote von 8 % ist dies aber ein Warnsignal, insbesondere bei einer möglichen konjunkturellen Abschwungphase.

Auch eine Studie des IAB, einer Forschungsinstitution der Bundesagentur für Arbeit, die sich mit den Folgen der Digitalisierung auf verschiedene Berufsfelder befasst, macht deutlich, dass gerade das industrielle Herz in NRW, unser südwestfälischer Wirtschaftsraum, in hohem Maße von dieser Entwicklung betroffen sein wird.

- 10 -

Daher benötigt Südwestfalen dringend eine entsprechende Strategie zur Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die einhergehen muss mit der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren und insbesondere auch neuer Dienstleistungen.

Unsere Denkfabrik kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten. Deshalb ist es auch wichtig und sinnvoll, die Phänomente bei ihren Bemühungen zur Gewinnung von zukünftigen Fachkräften nachhaltig zu unterstützen und zusammen mit dem Stiftungsrat positive Perspektiven zu entwickeln. Und auch unser EGC sollten wir, bei allen Bemühungen, Beiträge zur Haushaltskonsolidierung zu erreichen, nachhaltig in seiner Förderung von neuen und jungen Unternehmen stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

beim Blick auf die Investitionsliste für den Haushalt 2018 werden die Schwerpunkte deutlich. Ich bin allen Beteiligten am „Streichungsprozess“ der Investitionsliste für ihren Einsatz dankbar, damit auf diese Art und Weise der investive Deckel als wichtiges Instrument des HSK, eingehalten werden konnte. Es bleibt auch weiterhin ein äußerst anspruchsvolles Programm übrig:

Planungskosten und Grunderwerb für den Bau von Feuerwehrgerätehäusern und eine neue Feuer- bzw. Feuer- und Rettungswache,  
Erste Mittel für den Neubau der Musikschule an der Ecke Hoch bzw. Staberger Straße,

Stadt Lüdenscheid Rede BM Dzewas Einbringung Haushalt 2018 Ratssitzung am 13.11.2017  
Es gilt das gesprochene Wort

Parkplatz Geschwister Scholl Gymnasium,  
Energetische Sanierung Alte Rathausstraße 1 und 3,  
Projekt Bahnhof Brügge,  
Neubau Spielplatz Friedrich-Wilhelm-Straße,  
Schulhofsanierung Tinsberger Schule,  
Naturwissenschaftliche Räume in der THR,  
Sanierungsmaßnahmen am BGL, Gesamtschule und Grundschule Brügge  
Sportstättenverglasung an der Grundschule Wehberg.

Diese Liste ließe sich noch um viele mittlere und kleinere Maßnahmen fortsetzen. Sie macht aber die Schwerpunkte Feuerwehr, also die Sicherheit unserer Bevölkerung, und Bildungsinfrastruktur für unseren Nachwuchs überaus deutlich. Diese Schwerpunkte sind gut und richtig. Und es sollte damit auch klar werden, dass eine solche Vielzahl von Maßnahmen nur dann erfolgreich umgesetzt werden kann, wenn dafür ausreichendes, zuverlässiges und motiviertes Personal zur Verfügung steht.

- 11 -

Wenn man dann noch berücksichtigt, dass zukünftig die Themen aus dem IHK wie energetische Sanierung und Barrierearmut Stadtbücherei, Umbau Alte Post Funktionsverbesserung Aula GSG, aber auch Baumaßnahmen wie der laufende Umbau der Feuer- und Rettungswache, weitere Baumaßnahmen am Integrationszentrum Schöneck, Kita Lösenbach, Erweiterung Kita Vogelberg und Wettringhof, Sanierung Wohngebäude Obertinsberger Straße sowie das Großprojekt Reaktivierung der Wefelshohler Schule und dazu noch laufende Projekte wie Barrierefreiheit Rathaus, Planungen für Schulen als Versammlungs- und/oder Veranstaltungsräume, Breitbandausbau in Schulen und Kitas abgearbeitet werden müssen, bitte ich auch um Verständnis für die im Stellenplan zusätzlich geplanten Stellen im technischen und Verwaltungsbereich der ZGW. Auch die aufgeworfenen Fragestellungen nach verändertem und verbessertem Reinigungsmanagement lassen sich nur mit entsprechendem Personaleinsatz überzeugend bearbeiten und beantworten.

Diese notwendige Verbesserung der personellen Ausstattung gilt im übrigen selbstverständlich auch für andere Bereiche der Zukunftsgestaltung, z.B. für die Umsetzung des Handlungskonzepts „Wohnen“, um nur noch mal ein anderes Beispiel zu nennen, oder im Zusammenhang mit mehr Sicherheit die erheblich verbesserte Personalausstattung bei unserer hauptamtlichen Feuerwehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

neben Fragen der Sicherheit ist in der Bürgerschaft unserer Stadt, aber auch in der Politik, über Parteigrenzen hinweg, Sauberkeit ein wichtiges Thema. Dass hier neben der Eigenverantwortung der Bürger, die z.B. über eine entsprechende Satzung zur Gehwegreinigung verpflichtet sind, oder an verschiedenen Stellen wie z.B. am Vogelberg oder in Oeneking eigenständig und freiwillig verschiedene Grünbereiche pflegen und gestalten oder eine innerstädtische Fläche, die von der Partei Grüne/Bündnis 90 gepflegt wird, vor allem der STL im Mittelpunkt der Debatten steht, konnte man immer wieder in Leserbriefen verfolgen. Dabei hat der STL im Rahmen seiner Beiträge zur Haushaltskonsolidierung in den letzten Jahren erhebliche Kürzungen seines Budgets für Pflege- und Reinigungsleistungen in der Stadt verkraften müssen. Nicht zuletzt der GPA Bericht und der vom Werksausschuss angeregte Bericht des RPA hat deutlich gemacht, dass hier das sprichwörtliche Ende der Fahnenstange erreicht ist. Die jetzt auch vom RPA genannten 600.000 € zusätzlich für das Jahresbudget des STL können keine unmittelbaren, sichtbaren Leistungsverbesserungen erwarten lassen, aber zumindest keine weiteren Verschlechterungen und ggfls. punktuelle Verbesserungen.

- 12 -

Ich möchte mich an dieser Stelle einmal ausdrücklich beim Werkleiter Herrn Lange und seinem Team dafür bedanken, dass sie trotz dieser beschriebenen schwierigen Rahmenbedingungen in der Vergangenheit einen wesentlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet haben und dabei das menschenmögliche für die öffentliche Sauberkeit in unserer Stadt geleistet haben. Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt weiß diese Leistungsbereitschaft des STL auch zu schätzen, wie immer wieder zu hören ist. Daher ist dieser

Stadt Lüdenscheid Rede BM Dzewas Einbringung Haushalt 2018 Ratssitzung am 13.11.2017

Es gilt das gesprochene Wort

zusätzliche Beitrag jetzt auch nötig, um das Leistungsniveau nicht noch weiter nachhaltig zu schwächen.

Und für die Straßen- und Gehwegerneuerung können, dank der Rückstellungen aus dem positiven Jahresergebnis 2016, ab dem kommenden Jahr 2018 für 3 Jahre zusätzlich je 1 Mio € vom STL eingesetzt werden, um Straßen, vor allem aber auch etliche Gehwege instand zu setzen. Auf den entsprechenden dauerhaften Werteverzehr hat die GPA in ihrem Bericht kürzlich ebenfalls deutlich hingewiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

zum Schluss vor dem berechtigten Dank an den Kämmerer und sein Team noch ein kurzer Ausblick auf unser bevorstehendes 750. Stadtjubiläum. Dieses Ereignis soll weniger nach außen wirken, sondern ein Angebot für unsere Bürgerinnen und Bürger, natürlich auch für die Ehemaligen, sein, diesen Geburtstag gebührend miteinander zu feiern. Die Verwaltung und das politische Begleitgremium, bei dem ich mich an dieser Stelle für die engagierte Mitarbeit schon einmal herzlich bedanken möchte, waren sich einig, einen möglichst breiten Veranstaltungsbogen zu spannen, in dem sich möglichst jede und jeder wiederfinden kann. Die Reihe der Veranstaltungen läuft von Ende April 2018 bis in den November und bietet von Sport bis zur Musik, von Literatur bis zu handwerklichem Einsatz sowohl Platz für spontanes Vergnügen, aber auch Raum für länger geplante Aktionen und im Rahmen der 75 Stunden Projekte auch Möglichkeiten, Nachhaltiges in unserer Stadt zu leisten. Mein ganz herzlicher Dank gilt im Vorfeld neben dem schon erwähnten engagierten politischen Begleitgremium, unserem unermüdlichen Koordinator Wolfgang Lohn, dem Hauptsponsor, der Sparkasse Lüdenscheid, der LSM mit ihrem Geschäftsführer Andre Westermann und dem GHV. Auch unserem Kämmerer Herrn Dr. Blasweiler möchte ich dafür danken, dass er uns geholfen hat, Wege zu finden, um trotz Finanzknappheit und HSK ausreichende Mittel für ein anspruchsvolles und hoffentlich spannendes Programm für das 750. Stadtjubiläum anbieten zu können.

Und wo wir gerade beim Dank und unserem Kämmerer sind, möchte ich allen an der Haushaltsplanaufstellung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken. Herr Dr. Blasweiler, Herr Haarhaus und sein Team haben neben der Erstellung der Jahresabschlüsse, mit denen wir jetzt im vorgeschriebenen Zeitplan liegen, ganze Arbeit geleistet.

Lassen Sie uns bei den diesjährigen Haushaltsplanberatungen die besten Lösungen im Sinne unserer gemeinsamen Verantwortung für unsere Stadt Lüdenscheid suchen. Das wäre sicherlich ein angemessenes Geburtstagsgeschenk.

**Ich bin fest davon überzeugt, es lohnt sich einen solchen Weg zu gehen.**

Vielen Dank für ihre Geduld und Aufmerksamkeit.